

Haushaltsrede 2022  
der Fraktionssprecherin Annette Floyd-Wenke  
im Rat der Stadt Rheine am 18.01.2022

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,  
liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

habe ich im vergangenen Jahr lediglich eine kurze Stellungnahme zur Verabschiedung des Haushalts vortragen können, so möchte ich für meine Fraktion heute wieder mit kritischem Blick den vorliegenden Haushaltsplanentwurf, den Stellenplan und der sich aus unserer Sicht daraus ergebenden Entwicklung für unsere Stadt kommentieren.

Beginnen möchte ich mit dem Zahlenwerk, wie es im Haushaltsplanentwurf dargestellt wird:

Wir werden mit einem Defizit von etwa 2,459 Mio. Euro abschließen und das wäre ohne die 8,5 Mio. Euro isolierter, Corona bedingter Belastungen noch höher. (Im September waren es noch 5 Mio. Euro) Aufgrund großer Projekte und Baumaßnahmen, die die Ratsmehrheit mit dem Rahmenplan Innenstadt beschlossen hat, wird wohl das „wesentliche Ziel der Haushaltswirtschaft, nämlich die vielzitierte intergenerative Gerechtigkeit“ in diesem und in den nächsten Jahren nicht erreicht werden können. Mit weiteren Fehlbeträgen ist auch in den nächsten Jahren zu rechnen, so dass zu ihrer Deckung die Ausgleichsrücklage in Anspruch genommen werden muss.

Zur Finanzierung der großen Baumaßnahmen und anderer Projekte müssen Investitionskredite aufgenommen werden. Das heißt konkret: Neuverschuldung! Das lässt sich noch einigermaßen steuern und verspricht zumindest die Schaffung von Vermögenswerten für die Stadt. Das allein ist noch nicht unbedingt kritikwürdig.

Was uns allerdings Sorge bereitet, ist der stetige Anstieg der Schulden, der durch die Aufnahme von Kassenkrediten entsteht. In den Jahren bis 2025 übersteigt laut Haushaltsplanentwurf die Summe von Liquiditätskrediten gar die Summe der Investitionskredite aus den Jahren 2012 bis 2020! Von 2013 bis 2020 wurden keine Kassenkredite aufgenommen, in der diesjährigen Haushaltssatzung werden allein 25 Mio. Euro als Höchstbetrag für Kassenkredite festgesetzt. Für Investitionen etwas mehr als 43 Mio. Euro.

Gerät hier die Haushaltsführung der Stadt in eine Schieflage?  
Bedenkt man, dass Kassenkredite ausschließlich zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe aufgenommen werden sollten und nicht, wie immer häufiger in den Kommunen NRWs zu beobachten, Dauerfinanzierungsquelle für Haushaltsdefizite werden, dann muss uns die Höhe des in der Haushaltssatzung festgesetzten Betrages stutzig machen. An dieser Stelle ist es einmal die Fraktion

Die Linke, die darauf hinweist, dass hohe und jährlich neu aufgenommene Kassenkredite, oder nennen wir es doch den Dispo der Kommune, Lasten sind, die den nachrückenden Generationen aufgebürdet werden, ohne dass ihnen daraus ein Vorteil, z. B. aus investiv geschaffenen Vermögenswerten erwächst.

Auch wenn es gelingen sollte, die Kassenkredite längerfristig und mit einem günstigen Zinssatz aufzunehmen, so unterliegen sie dennoch einem gewissen Zinsänderungsrisiko. Wir befürchten hier anhand der im Haushaltsplanentwurf angegebenen Summen für die Jahre bis 2025 die Folge, dass die Konsolidierung des Haushaltes in den Folgejahren dann als nicht mehr realisierbar eingeschätzt werden wird. Dann wird man sagen: Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt.

Die vom Kämmerer erwarteten Erträge, insbesondere die der Steuern und ähnlicher Abgaben, sollen ansteigen und ebenso die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte, also die Einnahmen z.B. durch Gebühren für Betreuungsangebote an Schulen, für Kitabeiträge, aber auch Mehreinnahmen in Höhe von z. B. 120 TEUR werden allein für Gebühren für Ausweise und Pässe erwartet. Wir meinen, dass hier allzu optimistisch kalkuliert wurde.

Mit diesen Angaben zu den Erträgen scheint der Fehlbetrag von 2,459 Mio. EUR im Gesamthaushalt weniger kritisch, zumal er ja auch von der Ausgleichsrücklage gedeckt werden soll. Betrachten wir hingegen die prognostizierten Aufwendungen, so lässt sich ein Zusammenhang zu den dargestellten Kalkulationen der Erträge herstellen. Wie in jedem Jahr wird vor den steigenden Ausgaben gewarnt, insbesondere die Transferleistungen im Bereich Soziales würden stetig zunehmen und den Haushalt belasten. Dem können wir zustimmen, stellen aber gleichzeitig die Frage, warum dann so wenig getan wird, um dem entgegenzusteuern? In der grafischen Darstellung der Transferaufwendungen scheint der Bereich Schulen, Soziales, Migration und Integration mit 4,9% jedenfalls im Vergleich zu dem Sonderbereich der Verwaltungsführung mit 1,6% dann doch nicht mehr ganz so besorgniserregend.

Und wie in jedem Jahr muss ich an dieser Stelle auf den Anteil an Personalaufwendungen hinweisen, der mit den Versorgungsaufwendungen immerhin 22% der gesamten Aufwendungen ausmacht. Das sind aber bei Weitem nicht alle Personalkosten, die aus unserem Haushalt bezahlt werden. Sehr gerne würden wir einmal den Stellenaufwuchs bewerten, der durch Übertragung und Auslagerung weiterer Aufgaben an freie Träger Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt haben. Allein diese Angaben werden nirgendwo überschaubar abgebildet.

Komme ich nun zum Stellenplan, so muss ich zugeben, der ist etwas für Eingeweihte! In unseren Fraktionsberatungen haben wir uns mit Stellenanteilen von 0,15%, mit Stellenänderungen von 0,32% und ähnlichen Darstellungen beschäftigt, ebenso mit Befristungen und kw Vermerken. Da wird es schwierig unseren Bürgerinnen und Bürgern zu erklären, wie eine Gesamtbeschäftigtenzahl von 571,28 zustande kommt. So können Sie es jedenfalls in der Gesamtübersicht des Stellenplanentwurfs nachlesen. Gemeint sind sicherlich immer Stellen und deren Anteile, so dass nicht einmal ersichtlich ist, wie viele Menschen für uns tätig sind.

Aber Spaß beiseite, denn dieser Stellenplanentwurf, wie auch die der Vorjahre, ist alles andere als lustig!

Wir besetzen also in 2021 313,43 von 344,65 Stellen in einem tariflichen Arbeitsverhältnis, davon sind 24,25 befristete Stellen. 206,38 der 222,45 Stellen werden durch Beamte besetzt. Für 2022 sollen weitere Stellenanteile für Beamte und tariflich Beschäftigte, mit und ohne Befristung dazukommen.

Genug der verwirrenden Zahlen! Wir sollen im Rahmen des Haushaltsplanentwurfs entscheiden, ob und welche Aufgaben ausgeweitet, beschränkt, abgeschafft oder neu besetzt werden sollen.

Diese prinzipielle Entscheidung muss dahingehend bewertet werden, ob dadurch den Bürgerinnen und Bürgern ein Nutzen entsteht, ob die Verwaltung der Stadt dadurch entlastet wird, oder im besten Fall beides zutrifft.

In den vergangenen Jahren haben wir immer wieder die Vorlage einer konkreten und detaillierten Besetzungsaufstellung der Beschäftigten mit prozentualer Darstellung der Aufgaben, Zuständigkeits- und Arbeitsplatzzuordnung sowie der tariflichen Einordnung gefordert. Heute möchte ich noch hinzufügen, dass auch Einschätzungen des Personalrates und der Gleichstellungsbeauftragten vorliegen und insofern mit in unsere Entscheidungsfindung einfließen sollten. Da dieses Mehr an Transparenz offenbar nicht angestrebt wird, denn machbar ist es allemal, lehnen wir diesen Stellenplanentwurf ab.

Insbesondere aber beurteilen wir die Beibehaltung und Schaffung neuer, befristeter Stellen kritisch. Sie schaffen weder einen Anreiz für die Beschäftigten, sich hier in unserer Stadt dauerhaft niederzulassen, noch ermöglichen sie insbesondere für jüngere Menschen eine solide Zukunftsplanung. So jedenfalls entgegnet man dem vielzitierten Fachkräftemangel nicht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Haushaltslage sieht ja nun nicht gerade rosig aus. Wenn also der Kämmerer richtig erkennt, dass die Corona bedingten Belastungen, die mit 8,5 Mio. Euro allein für 2022 isoliert wurden, eigentlich als Defizit zu sehen sind – und darüber hinaus auch nur als Kredit gewährt wurden - und er das Isolierungsgesetz folgerichtig als Buchungstrick sieht, dann verstehe ich nicht, wie das eine kluge Entscheidung des Gesetzgebers sein soll. Mit Verweis auf meine Ausführungen zu Kassenkrediten werden Kommunen und Kreise hier in eine Lage gesetzt, die zwar kurzfristig entlasten mag, mittel- und langfristig aber verheerende Folgen haben kann.

Dagegen müssen wir ankämpfen, sagt er, bleibt uns aber die Antwort schuldig, welche Handlungsoptionen uns in dieser Lage zur Verfügung stehen. Allein der alljährliche Hinweis darauf, dass die Aufwendungen die zu erwartenden Erträge übersteigen, das Defizit aber noch von der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann, greift hier zu kurz.

Wieso eigentlich schlägt er vor, nach dem Verbrauch der Ausgleichsrücklage über die Steuersätze reden zu müssen? Ist das etwa ein zarter Hinweis darauf, dass nach nunmehr 11 Jahren auch einmal die Erhöhung der Gewerbesteuer in Betracht

gezogen werden könnte? Meine Fraktion jedenfalls fordert hier eine Anpassung auf das durchschnittliche Niveau in den NRW Kommunen seit unserem Einzug in den Stadtrat.

Wie jedes Jahr bedankt sich unserer Kämmerer bei den gewerbesteuerzahlenden Betrieben für ihre Abgaben. In diesem Jahr sogar bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Betriebe, weil sie zu diesem guten Ergebnis beigetragen haben.

Und das gleich doppelt, möchte ich ergänzen: Einmal mit ihrer Arbeitskraft, die es den Betrieben erst möglich macht, gute Ergebnisse einzufahren, und dann mit ihrer Einkommensteuer, deren Anteil immerhin nochmals 30% unserer Erträge ausmacht! Und das könnte noch viel mehr werden, würden mehr und gut bezahlte, tarifgebundene und unbefristete Arbeitsplätze geschaffen werden.

Auch wenn wir die Analysen des Kämmerers in wesentlichen Punkten nicht teilen, so können wir doch seinem, wenn auch verhaltenem Fazit, zumindest bei der Aussage zustimmen, wonach Land und Bund aufgrund unzureichender Konnexität auch uns als Kommune im Regen stehen lassen.

Der Bürgermeister weist in seiner Rede auf die Entwicklung der ehemaligen Damloup-Kaserne als neues Vorzeigequartier hin und erklärt uns ausführlich die Vorteile des Prinzips „Schwammstadt“. Offenbar beschäftigt ihn auch die Frage, wie zukünftiges Wohnen und Leben aussehen kann und beantwortet sie mit dem inzwischen verabschiedeten Wohnraumversorgungskonzept. Hier sollen alternative und besondere Wohnformen angedacht werden und bezahlbarer Wohnraum für Jung und Alt geschaffen werden.

Das 118 Seite starke Wohnraumversorgungskonzept beantwortet aber gerade diese Frage nicht, denn es richtet seinen Fokus auf die bestehenden Rahmenbedingungen und vorhandenen infrastrukturellen Voraussetzungen. Es zeigt Handlungsstrategien auf, die das derzeit Machbare berücksichtigt, nicht aber Maßnahmen anstößt, die den zukünftig benötigten Wohnraum in einem breiten, ökologisch wie sozial gewünschtem Möglichkeitsspektrum abbildet.

Im Laufe des letzten Jahres wurden von Verwaltung und Politik Themen aufgegriffen, auf die sich unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger zu Recht Antworten erwarten. Diese lassen allerdings weiterhin auf sich warten, denn allein das Ersinnen von Strategien, beispielhaft sei hier „Unser Rheine 2030“ genannt, die Umsetzung einer Sozialberichterstattung oder auch die Erarbeitung von Bürgerbeteiligungsleitlinien gestalten sich zäh und allzu langwierig.

Wir kritisieren, dass anstatt in Beratungen der Fachausschüsse zu beschließende Maßnahmen zunehmend in der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Arbeitsgremien befasst werden. Das hat den Anschein, als würden in diesen Gremien Experten beraten und unter Führung der Verwaltung Ergebnisse erarbeiten, für die in den Beschlussvorlagen größtmöglicher Konsens erzielt werden kann. Tatsächlich aber verzögern kleinteilige Fragestellungen und langwierige Planungen die Umsetzung politisch gewollter Handlungen immens. Das Einsetzen von Steuerungs- und Lenkungsgruppen mit politischer Beteiligung, deren Ziel es ist, Bedarfe zu ermitteln und Handlungsfelder zu identifizieren, verkompliziert und

verbürokratisiert zunehmend mehr Vorgänge. Wir meinen, die aus Anfragen und Anträgen der Fraktionen zu erarbeitenden Hintergrundinformationen ist originäre Aufgabe der Verwaltung und nicht delegierbar.

Es ist uns unverständlich, wie die Kolleginnen und Kollegen der Mehrheitsfraktionen, die über ein schier unbegrenztes Kontingent an sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern verfügen, diese taktische Ungleichbehandlung mit dem Wissen unterstützen, dass zumindest drei der kleinen Fraktionen im Rat dieses daraus entstehende zusätzliche Arbeitsaufkommen kaum mehr leisten können.

An dieser Stelle möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, bei der UWG und BfR für die konstruktive und freundliche Zusammenarbeit mit meiner Fraktion bedanken.

Der sachliche und fachlich fundierte Austausch in gemeinsamen Anliegen hat uns in unserer Ansicht bestärkt, dass politisches Engagement auch in einem Kommunalparlament wie dem Stadtrat, jenseits von Opportunismus und Lobbypolitik wichtig und möglich ist.

Zum Schluss meiner Ausführungen werfe ich einen kurzen Blick auf das, was unserer Einschätzung nach in diesem und in den nächsten Jahren unser Stadtgeschehen prägen und wichtig sein wird.

Wir werden sehr viel langsamer als geplant die erforderlichen Sanierungen der Schulen abschließen können. Das Stadtbild wird von der Abrissbaustelle des ehem. Hertie-Gebäudes und von den Leerständen dominiert, weitere Einzelhändler und gastronomische Betriebe werden wohl schließen müssen. Wir bezweifeln, dass unsere Innenstadt allein durch Beleuchtung einiger Marktplatzfassaden oder das Aufstellen von Blumenkübeln wesentlich attraktiver wird oder zum Verweilen einlädt. Eine Akzeptanz für die in Planung befindlichen städtebaulichen Maßnahmen oder auch die Verwirklichung neuer Ideen, werden wir ohne Partizipation der Bürgerinnen und Bürger kaum erreichen. Deshalb ist die Bevölkerung auch unterjährig und fortlaufend über die Haushaltslage transparent zu informieren.

Es ist daher eine gute Idee, die Radwege weiter mit Hilfe des Kreises und Landes auszubauen. Wünschenswert wäre allerdings auch Gedanken darüber anzustellen, wie die Stadt mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen ihren Bürgerinnen und Bürgern Angebote machen kann, die jenseits von Konsum und Parken, die Aufenthaltsqualität erhöht und das Miteinander fördert. Hierzu kann unsere Rheine Tourismus und Verkehrsgesellschaft, sofern mit ausreichend Personal und Mitteln ausgestattet, ganz sicher Ideen liefern.

Denn genau das hat uns zwei Jahre Pandemiegeschehen doch verdeutlicht: Als Ausgleich zu den immer schwieriger werdenden Lebenslagen, die geprägt sind von Angst um den Verlust von Gesundheit, Arbeitsplatz und Wohnung, den steigenden Energiepreisen und der allgemein um sich greifenden Verunsicherung: Das Bedürfnis nach sozio-kultureller Interaktion verbindet. Es erlaubt und ermöglicht erst das Miteinander und kann im besten Fall zu der Einsicht verleiten, dass Teilen das neue Konsumieren ist und mehr Gemeinwohlorientierung den gesellschaftlichen Zusammenhalt befördert. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!